

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

17.6.1930 (No. 139)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Hofredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Preis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Spaltenbreite. Briefe und Gelder sind an die Redaktion zu senden. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern nicht verantwortlich.

Die Notopfertvorlage

Aus dem Entwurf der Reichsregierung

In dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Selbstbediensteten, der dem Reichsrat zugegangen ist, heißt es: Beitragspflichtig sind die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und Gemeinden und öffentlicher Verbände, der Reichsbank, der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die Soldaten der Wehrmacht, ferner die Beamten und Angestellten bei Unternehmungen oder Einrichtungen mit überwiegend Kapitalbeteiligung aller öffentlich-rechtlichen Körperschaften, weiterhin Empfänger von Wartegeldern, Ruhegeldern, Witwen- und Waisengeldern und anderen Bezügen in Geldwert vorzuleisten für Dienstleistungen, die vom Reich, Ländern, Gemeinden und den übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewährt werden.

Der Kreis, der für die Reichshilfe in Frage kommt, ist wie folgt umschrieben: Sonstige Personen mit ihren Einnahmen, wenn sie den Betrag von 8400 RM jährlich übersteigen, und wenn es sich nicht um Personen handelt, die für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind.

Von der Besteuerung der Tantiemen werden betroffen: Mitglieder des Aufsichtsrates (Verwaltungsrat) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und von sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen privaten Rechts, bei denen der Beitragspflichtige nicht als Unternehmer oder als Mitunternehmer anzusehen ist.

Von dem Beitrag sind befreit: Arbeitnehmer, bei denen ein fester Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorzunehmen ist, sowie die Angestellten, sofern sie nicht seit dem 1. Juli 1929 oder einem späteren Zeitpunkt fortlaufend ein Jahr hindurch in Beschäftigung gestanden haben. Der Beitrag beträgt 4 Proz. der Einnahmen; bei Personen, die der Arbeitslosenversicherung unterliegen, beträgt der Beitrag 2 Proz. der Einnahmen. Der Arbeitgeber hat den Betrag von den Gehaltseinnahmen bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und die eingezahlten Beträge an das Finanzamt abzuführen. Der Betrag der Beitragspflichtigen Tantiemen ist je zur Hälfte am 10. Oktober und am 10. Januar eines Rechnungsjahres zu entrichten.

In dem Entwurf eines Gesetzes über eine Ledigen-Notopfertgabe im Jahre 1930 heißt es: Zum Ausgleich der Aufwendungen im alten Haushalt wird von den ledigen unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Personen für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 31. März 1931 ein Notopfer in Höhe von 10 Proz. der Einkommensteuer erhoben. Als ledig im Sinne dieses Gesetzes gelten nur die Personen, die nicht verheiratet sind oder waren. Unverheiratete Frauen, denen Kinderermäßigung nach dem Einkommensteuergesetz zusteht, sind vom Notopfer befreit. Auch das Ledigen-Notopfer wird durch Einbehaltung eines Teiles des Arbeitslohnes erhoben, soweit es sich um die Lohnsteuer handelt.

Bei der Veranlagungseinkommensteuer ist das Notopfer in Höhe von drei Viertel von 10 Proz., also 7 1/2 Proz., der für 1929 veranschlagten Jahressteuer in zwei gleichen Beträgen am 10. Oktober 1930 und am 10. Januar 1931 zu entrichten.

Die Reform der Krankenversicherung

Der vom Reichskabinett verabschiedete Gesetzentwurf über die Reform der Krankenversicherung will eine Beitragsbeschränkung erreichen mit dem Ziele, für die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozent bei der Krankenversicherung einen Ausgleich zu schaffen. Die wichtigsten Bestimmungen der Novelle sind folgende:

Ein Beitrag bis zu 6 Prozent des Grundlohnes soll von den Klassen mit einfacher Mehrheit beschlossen werden; wird diese Grenze überschritten, so muß entweder die Arbeitgebergruppe zustimmen oder es müssen die Leistungen beschränkt werden. Soll die Grenze von 9 Prozent überschritten werden, so ist die Zustimmung der Arbeitgebergruppe für die Regelleistungen oder die Haftung der Gemeinde notwendig. Sollen die Beiträge über 7 1/2 Prozent erhöht werden, dann wird die Zustimmung des Kreisversicherungsamtes verlangt.

Der Höchstbeitrag des Grundlohnes soll auf 9 M., der des Krankengeldes auf 450 M für den Kalendertag festgesetzt werden. Familienzuschläge sollen zulässig sein, und zwar bis zu 10 Proz. für die Ehefrau und bis zu 5 Proz. für jedes Kind, aber nicht über 75 Proz. des Grundlohnes zusammen. Angestellte, die während der Krankheit ihr Gehalt weiter erhalten, sollen kein Krankengeld beziehen, nur ein Zuschlag ist möglich, wenn der Kranke mehr als einen Angehörigen zu unterhalten hat.

Um die Zahl der Krankheitsfälle einzudämmen, soll das System der Vertrauensärzte als allgemeine Einrichtung in die Reichsversicherungsordnung übernommen werden. Für die Ausstellung eines Krankenscheines soll künftig eine Gebühr von 1 M erhoben werden, die in den unteren Lohnklassen ermäßigt und in den oberen Lohnklassen erhöht werden kann. Auf jede Verordnung von Arzneien und Heilmitteln soll der Kranke in der Apotheke zunächst 50 Pf bezahlen, falls die Arznei diesen Preis erreicht. Die Krankenpflege für die Ehegatten und Kinder soll unter bestimmten Voraussetzungen zur Pflichtleistung gemacht werden, falls nämlich eine Wartezeit von drei Monaten erfüllt ist.

Die deutsch-russischen Verhandlungen

Moskau, 17. Juni (Tel.). Wie die Telegramm-Agentur der Sowjetunion meldet, entspricht die Zeitungsnachricht, daß die Schlichtungskommission sich u. a. auch mit politischen Fragen, der Propaganda usw., beschäftigen werde, nicht den Tatsachen. Diese Fragen werden auf diplomatischem Wege zur Erörterung gelangen und in die Tagesordnung der Schlichtungskommission nicht aufgenommen werden.

Letzte Nachrichten

Zur politischen Lage

Umbildung der Reichsregierung?

M. Berlin, 17. Juni. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen nimmt man an, daß die eigentliche Zuspitzung der Krise wegen der Deckungsvorlagen erst in der nächsten Woche eintreten wird, da Brüning einmal das Ergebnis der Reichsratsberatungen abwarten möchte und da ferner die Parteien sich erst nach den Wahlen in Sachsen am Sonntag weiter entscheiden wollen. Es gilt aber schon jetzt als sicher, daß eine Umbildung der Regierung vorgenommen wird.

Ob die Gerüchte zutreffen, wonach Fühlungsnahmen in dieser Richtung bereits vorgenommen seien, wissen wir nicht. Mit Bestimmtheit wird aber davon gesprochen, daß der Reichswirtschaftsminister Dietrich-Baden und der preussische Finanzminister Döpler-Wischoff danach gefragt worden sind, ob sie das Amt des Reichsfinanzministers übernehmen würden, und daß sie sich nicht endgültig ablehnend verhalten hätten, daß aber die demokratische Partei die Verantwortung nicht tragen will und infolgedessen abträt. Ferner wird vielfach auf die völksparteiliche Entschliebung von gestern hingewiesen, daß man die Deckungsvorlagen auf den Herbst vertagen sollte. Doch wehrt man sich dagegen, namentlich nach der Kritik, die Parker Gilbert an der deutschen Finanzgebung genommen hat.

Erwähnt sei noch, daß wieder von Bestrebungen von deutscher Seite die Rede ist, die bei der Umbildung des Kabinetts unter Ausschließung der Demokraten eine Regierung mit stärkerem deutschnationalen Einschlag herbeiführen möchten, und für den Reichsfinanzminister in diesem Fall den jetzigen Landesfinanzamtspräsidenten und früheren Finanzminister von Schlieben in Vorschlag bringen. Es wird aber nicht angenommen, daß das Zentrum zu einer solchen Rechtschwenkung bereit ist.

Aus dem Reichstag

Die uniformierten Verbände — Staatspartei der Mitte
M. Berlin, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Im Reichstag nahm heute als erster Redner zum Etat des Innern der Völksparteiler von Kardorff das Wort. Bemerkenswert ist in seinen Ausführungen die dringende Bitte an den Reichsminister des Innern Dr. Wirth, Maßnahmen gegen das überhandnehmende politische Zusammenstöße zu ergreifen. Es sei bereits eine Art latenter Bürgerkrieg im Gange und es dürfe nicht gewartet werden, bis die Flammen hoch emporschnellen. Der Redner begrüßt dann in diesem Zusammenhang das Verbot des Auftrages der uniformierten Verbände, ferner sei ein Rufus erwähnt, wonach sich der Redner mit den Bestrebungen beschäftige, die Mitte zusammenzufassen. Er behaupte, daß Scholz mit seinen Bemühungen gescheitert sei und gebrauche auch in diesem Zusammenhang das von der Presse geprägte Wort der Staatspartei der Mitte.

Noch keine Dispositionen über die Deckungsvorlagen
M. Berlin, 17. Juni (Tel.) Der Astenrat des Reichstags erteilte in seiner heutigen Sitzung den Beratungskommissionen für die nächsten Tage in folgender Weise:

Heute und morgen, Mittwoch, wird der Etat des Finanzministeriums beraten. Der Donnerstag bleibt wegen des Fronleichnamstages sittingsfrei. Sodann folgen am Freitag der Etat für die besetzten Gebiete, am Samstag das Gesetz über die Straffreiheit (Amnestiegesetz), am Montag und Dienstag der Etat des Ernährungsministeriums mit der Osthilfe und dem Mittwoch an der Etat des Auswärtigen.

Bon an sind weitere Dispositionen noch nicht getroffen worden, und der Abschluß des gegenwärtigen Tagungsabschnittes ist noch in keiner Weise zu übersehen.

Die Arbeitslosigkeit in England

Vorschläge Lloyd Georges

M. London, 17. Juni. (Tel.) „Daily Herald“ veröffentlicht eine Unterredung mit Lloyd George, worin der liberale Führer der Regierung ein liberalsozialistisches Bündnis zur Lösung der Arbeitslosenfrage vorschlägt, um eine gesunde, zuverlässige Mehrheit zu sichern, die die für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit notwendigen Maßnahmen trifft. Solange die Arbeitslosigkeit so ernst und gefährlich ist, würde ich nicht im Traum daran denken, Bedingungen zu stellen. Ich muß allerdings hinzufügen, daß wir uns darauf verlassen, daß die Arbeiterpartei genügend Gerechtigkeitsgefühl haben wird, um den Befehlswort der liberalen Wähler abzugeben, die bei dem jetzigen Wahlergebnis ihrer Stimmen nahezu beraubt sind. Der sozialistische „Daily Herald“ sagt, wenn Lloyd George an eine Koalition denke, dann müßte unverzüglich gesagt werden, daß davon keine Rede sein könne. Die Arbeiterpartei könne nicht umhin, Lloyd Georges Pläne mit einem gewissen Mißtrauen zu beobachten. Indessen erforderten seine Ansichten mit Rücksicht auf die nationale Notlage ernste Beachtung. Wenn er praktische Vorschläge zu machen habe, würden sie zweifellos von der Regierung mit größtem Interesse und größter Unparteilichkeit geprüft werden.

*Das Kabinett und die Parteien

Die Deckungsvorlagen sind jetzt dem Reichsrat zugeleitet worden mit der Bitte um rasche Erledigung. Wenn der Reichsrat sich sehr beeilt, können die Vorlagen bis Anfang nächster Woche von ihm verabschiedet sein.

Wie gemeldet wird, ist die preussische Regierung, die sich gestern mit den Finanzvorschlägen der Reichsregierung beschäftigte, nicht ohne weiteres bereit, zuzustimmen. Vor allem ist es das Notopfer, welches schwere Bedenken hervorgerufen hat. Im preussischen Kabinett scheint die Ansicht Raum zu gewinnen, daß die Fehlbeträge im Reichshaushalt viel besser durch eine Besteuerung entbehrlicher Genussmittel gedeckt werden könnten, soweit nicht die Ausgabenreduzierung ausreicht.

Diese Mitteilung ist sehr interessant, da inzwischen auch die Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Beschlüsse gefaßt haben, welche sich gegen jede neue Besteuerung wenden und höchstens einer besseren Ausnutzung der Steuern auf entbehrliche Genussmittel das Wort reden. Vor allem aber sollten erst alle Möglichkeiten der Ausgabenreduzierung erschöpft werden.

Die Entschliebung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei formuliert die Auffassung der Partei mit besonderer Genauigkeit. Mit großem Nachdruck wird in ihr betont, daß das Problem der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reiches überhaupt nicht von der steuerlichen Seite, sondern nur von der Seite der Verringerung der Wirtschaft und der Senkung der Ausgaben angefaßt werden könne. Die gesamte Wirtschaft befindet sich in dem Zustand fortschreitender Einknumpfung. Und das Arbeitslosenelement und die Leere der öffentlichen Kassen seien erst der Ausdruck dieses Zustandes.

Wenn man die Dinge so sieht, wie hier die Deutsche Volkspartei, so muß man natürlich die ganze Politik auf die Bekämpfung der Ursachen und nicht der Wirkungen einstellen. Wir selbst haben ja von jeher an dieser Stelle den Standpunkt vertreten, daß die Verlebung der Wirtschaft in Verbindung mit der Ausgabenreduzierung wahrscheinlich der erste und beste Schritt sei, um zu einer Gesamtanierung unserer Finanzwirtschaft zu gelangen.

In der Entschliebung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird die Senkung der Produktionskosten, die Herabsetzung der Personalausgaben in der privaten Wirtschaft, die Herabsetzung der Preise und die Verminderung der Ausgaben in der öffentlichen Verwaltung gefordert. Solange all dieses nicht in Angriff genommen sei, bleibe eine einseitige Sonderbelastung, wie es das Notopfer darstellt, ungerecht. Vor allem müsse die Arbeitslosenversicherung gründlich reformiert werden; denn ihre gegenwärtige Gestaltung untergrabe nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes. Schließlich schlägt die Resolution eine Herabsetzung der Überweisungen des Reiches an die Länder und Gemeinden vor und als Ersatz dafür die Einführung einer jährlichen Abgabe für jeden wahlberechtigten Gemeindeglieder.

Die Resolution der Deutschen Volkspartei ist eine vollkommene Desabonierung des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer. In der entscheidenden Fraktionsitzung ist Dr. Molkenhauer mit seinen Deckungsvorlagen jedenfalls ganz allein auf weiter Flur geblieben. Der Eindruck war zunächst der, daß der Minister nunmehr zurücktreten würde. Nach den Berichten der deutsch-völksparteilichen Presse ist es aber anders gekommen: Dr. Molkenhauer habe sich bei der Abstimmung dahin ausgesprochen, daß er eigentlich doch im wesentlichen mit den Gedankengängen der Resolution einverstanden sei. Von Berlin wird uns denn auch geschrieben, das Kabinett werde in seiner jetzigen Zusammensetzung zusammenbleiben und versuchen, ein Kompromiß zwischen den Vorlagen der Reichsregierung und den Anschauungen der Parteien herbeizuführen; man denke sich das in der Form, daß die sozialen Gesichtspunkte in der Notopfertvorlage noch stärker berücksichtigt werden. Man kann sich kaum vorstellen, wie ein solches Kompromiß zustande kommen soll. Denn, wie man auch die Notopfertvorlage umändert wird, sie wird immer eine unglückliche Vorlage bleiben.

Im übrigen will man in Berlin, wie gemeldet wird, das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen abwarten. Es ist wohl nicht recht einzusehen, wozu dies abwarten gut sein soll. Große Überraschungen werden die sächsischen

Mit der Beilage: 67. Antlischer Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Badische Schulfragen

VI.

Die Einführung von Abschlussklassen auf der Unter- und Mittelstufe der Höheren Schulen

Von Ministerialrat Dr. Steiner

Wenn die Schüler einmal aufgenommen sind, dann hat sofort das Ausscheidungsverfahren der Angelegenen zu beginnen. Die erste Ausscheidung geschieht nach Ablauf der Probezeit, dann jeweils während und am Ende des Schuljahres. Diese Ausscheidung muß auf Grund sorgfältiger Beobachtung beharrlich durchgeführt werden. Die neue Fassung der §§ 18 und 19 der Schulordnung gibt dafür einen guten Anhalt. Diese Arbeit wird in der jetzigen Zeit aber erschwert durch die große Schülerzahl der einzelnen Klassen gerade in den großen Stadtschulen, die die Einzelbeobachtung und -behandlung der Schüler zum Teil unmöglich macht, außerdem durch die Haltung der Elternschaft, die heute viel mehr als früher zu beschweren neigt, und endlich durch die größere Belastung der Lehrer. Auch sind die Lehrer noch nicht durchweg hinreichend geschult, um die allgemeine und besondere Veranlagung immer richtig zu erkennen.

Diese stete Ausscheidungsarbeit scheint mir das sicherste und hauptsächlichste Mittel zu sein, das der höheren Schule zu Gebote steht, um sie wirklich wieder zu einer Schule höherer Leistungen zu machen und so den Zubräng zur Reifeprüfung und zur Universität wirksam zu vermindern.

Die Tatsache nun, daß bisher nach Schluß der U III, d. h. nach Zurücklegung des Volksschulpflichtigen Alters besonders viele Schüler ausgeschieden sind — nicht immer weniger Begabte, oder häusliche Verhältnisse zum Austritt veranlaßt — möchte nur durch eine besondere Begabung, hat den Gedanken entstehen lassen, für diese, statt der regelrechten U III, eine besondere Abschlussklasse zu schaffen. Durch diese sollen für die Weiterführung weniger geeignete Quartaner (Schüler mit vorwiegend praktischer Befähigung) zu einem lehrplanmäßigen Abschluß geführt werden, der mit der Beendigung der Volksschulpflicht zeitlich zusammenfallen würde.

Gegen diese Einrichtung, die nur für die größeren Stadtschulen in Betracht käme, lassen sich folgende Einwände erheben:

1. Nach der Statistik war bisher der Abgang bei den Gymnasien nach U III am geringsten. Die Gymnasien zeigen die gleichmäßigste Schülerbewegung, weil hier die Schüler von vornherein im allgemeinen für das Durchlaufen der ganzen Anstalt bestimmt sind und es sich daher hier um den, sozusagen natürlichen Abgang handelt. Bei den Realschulen und Oberrealschulen ist der Abgang in U größer. Am größten ist er bei den Realschulen, also meist ländlichen Schulen, wo die Abschlussklassen aber am allerwenigsten in Betracht kämen. An den Vollanstalten scheint in den letzten Jahren sich noch eine Verminderung des starken Abfalles nach U III zu vollziehen, da das Bestreben, die ganze Anstalt durchzumachen, an allen Anstaltsstufen zugenommen hat. So kommt also unter den jetzigen Verhältnissen dem Abgang nach U III ein zahlenmäßig schon nicht mehr die Bedeutung zu, wie früher. Er ist aber, wie wir gesehen haben, bei den einzelnen Anstalten auch sehr verschieden. Es würde jedenfalls keine Abschlussklasse an den Gymnasien einer Stadt nach U III zu standbekommen, wenn man nicht etwa schon für 8-10 Schüler (hoch gegriffen) eine solche einrichten wollte, kaum eine für ein etwa bestehendes Realschulsystem, eher noch für vorhandene Oberreal- und Realschulen. Für diese letzteren aber allein Abschlussklassen einzurichten, dürfte sich wegen der Nichtwirkung auf die Beurteilung der amtlich ausgesprochenen „Gleichwertigkeit“ dieser Anstalten doch kaum empfehlen. Die Schüler der verschiedenen Anstaltsstufen aber zusammenzuwerfen, ginge nur für Gymnasium und Realschulsystem mit grundständigem Latein und andererseits für Realschulsystem mit neupraxischem Unterbau und Oberrealschule.

2. Wer soll nun in diese Klassen gehen? Nur die nach der Schulordnung nicht nach U III Befreiten? Das wäre eine einfache Bestimmung. Oder auch die für die höhere Schule „weniger Geeigneten“, etwa nur Schüler mit der Durchschnittsnote 4? Hier wäre die Entscheidung schon viel schwieriger, abgesehen von dem sicher zu erwartenden Widerstande einzelner Eltern gegen die zwangsweise Verschlebung ihrer Kinder auf ein anderes Schulgeleise. Die einzelnen Lehrer würden sich scheuen, schon auf dieser Altersstufe der beginnenden Pubertätszeit ein entscheidendes Urteil zu fällen. Um ungleichmäßiges Verfahren möglichst zu vermeiden, müßte genauere amtliche Bestimmungen gegeben werden, die doch wieder die Verschiedenheit der Fälle nicht erschöpfen könnten. Und wie wäre nun die Stellung dieser Schüler einer Abschlussklasse unter ihren ehemaligen Mitschülern? Sicher würde es bald nicht an einer Verzeichnung für sie fehlen, die der gedankenlose Scherz der Schüler in solchen Jahren gerne zu prägen pflegt, und die dem Aufenthalt dieser Schüler an der gleichen Schule peinlich und niederschlagend gestalten würde.

3. Eine weitere Schwierigkeit würde sich ergeben hinsichtlich der für diese Klassen zu verwendenden Lehrer. Wie sollen sie ausgewählt werden? Da es sich hier um besonders zu fördernde Schüler handelt, müßte man eigentlich nur die besten Lehrer für sie verwenden. Das wäre wieder ungerecht gegen die Begabten der Normalklassen. Jährlich einen Wechsel eintreten zu lassen, würde sich wohl auch nicht empfehlen, da hier zunächst eine gewisse stete Überlieferung geschaffen werden müßte. Manche Lehrer würden auch wohl die Verwendung an

Reichswirtschaftsminister Dietrich, der vier Wochen lang krankheitsbedingt außerhalb Berlins in ärztlicher Behandlung war, ist am Montag nach Berlin zurückgekehrt und hat heute die Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

Der kommunistische Abgeordnete Kemmle inhaftiert. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemmle, gegen den ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebt, ist, wie aus Berlin gemeldet wird, auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht diesem vorgeführt worden, weil er zu seinem Termin am Samstag, den 14. Juni, trotz ordnungsmäßiger Ladung ohne ausreichende Entschuldigung nicht erschienen war. Er ist nach kurzer Vernehmung wieder entlassen worden.

Die Einfuhr von Gefrierfleisch. Der Reichsernährungsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern und dem Reichsfinanzminister an die beteiligten Länderregierungen ein Schreiben wegen der Behandlung des Gefrierfleisches vor Eindeckung gerichtet, für deren Abwicklung nach dem Gesetz über die Zolländerung vom 15. April 1930 noch eine Übergangsfrist bis 30. September 1930 vorgezogen ist.

Landtagswahlen doch wahrscheinlich nicht bringen. Daß die Stimmen der Nationalsozialisten sehr erheblich zunehmen werden, damit rechnet ja jeder vernünftige Politiker.

Im ganzen ist die Situation in Berlin dahin zu beurteilen, daß an die Stelle der Zielklarheit eine recht große Unsicherheit getreten ist: man hat sich davon überzeugen müssen, daß die Deckungsvorlagen, in erster Linie aber das Notopfer, im Reichstag nicht einmal auf die Zustimmung einer schwachen Minderheit rechnen können, und man steht nur vor der Frage, ob man nicht überhaupt die ganze Politik der letzten Wochen umstellen soll. Eine solche Umstellung würde darin bestehen, daß man zunächst die Steuerfrage vertagt und durch Ausgabenreduktion, Reform der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung, durch geeignete Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und eventuell durch stärkere Besteuerung des Luxuskonsums der Schwierigkeiten Herr wird.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß dieser Lage einer der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Breitscheid, davon gesprochen hat, der Moment werde kommen, wo die Auffassung der Sozialdemokratie sich wieder innerhalb der Regierung Geltung zu verschaffen vermöge; allerdings werde vorher wohl eine Reichstagswahl stattfinden müssen. Zunächst ist wohl kaum anzunehmen, daß diese Prophezeiung Breitscheids sich erfüllen wird. Denn das Kabinett wäre ja allem Anschein nach durchaus in der Lage, eine ausreichende Mehrheit für die eben skizzierte Politik zusammenzubringen. Jedenfalls gibt es kaum einen größeren Gegensatz als den, der zwischen dieser Politik und der Politik der Sozialdemokratie besteht.

Wieder Reichstag

Das Lübecker Kindersterben — Thüringen

Die Montagigung des Reichstags brachte keine Überraschungen. Reichsinnenminister Wirth teilte auf Anfrage mit, daß jetzt, nachdem 40 Kinder tot, noch etwa 80 schwer erkrankt sind (von 246), man mit einer großen Zahl von Opfern unter ihnen rechnen müsse. Über Thüringen sprach der Sozialdemokrat Sollmann. Er lehnte eine bolschewistische Diktatur ebenso ab wie eine nationalsozialistische. Aber er wandte sich auch gegen eine Wahlrechtsreform und eine Verringerung der Zahl der Abgeordneten. Der deutschnationale Abgeordnete Spahn kritisierte das Vorgehen des Innenministers gegen die thüringische Regierung und gegen den weitdeutschen Stahlhelm.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte u. a., ihm liege nichts ferner, als mit schlanen Maßnahmen der Opposition entgegenzutreten. Das gelte auch für das Stahlhelmverbot im Westen. Der preussische Ministerpräsident habe sich zum Empfang der Stahlhelmführer bereit erklärt, die Herren seien aber noch nicht zu ihm gekommen. Die Behandlung der Schulgebetfrage durch die thüringische Regierung habe auch in Kreisen der evangelischen Theologen viel Widerstand gefunden. Der verstorbene Geheimrat von Harnack habe sich ebenfalls dagegen gewandt. Es gehe gegen Sinn und Geist der Verfassung und des deutschen Volkstums, daß Gebete anempfohlen werden, die geeignet sind, Gruppen von Volksgenossen zu verletzen (Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Das sind ja keine Volksgenossen!).

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) bezeichnete es als unerträglich, daß man seitens des Reiches und der Länder in den letzten Jahren in zunehmendem Maße zum Staatsgerichtshof laufe. Dem Anflug des politischen Straßenkampfes müsse rücksichtslos ein Ende gemacht werden, nötigenfalls durch Verbot von Uniformen und Abzeichen. Wir lehnen es ab, wenn Schulgebete als Schrittmacher bestimmter Parteien mißbraucht werden.

Das Fahrprogramm des „Graf Zeppelin“

sieht u. a. folgende Fahrten vor: 21. Juni: Fahrt nach München, Berlin, Hamburg (Mundflüge über Berlin), Schlesien; 24. Juni nachts Rückflug nach Friedrichshafen. 27. Juni: Islandfahrt. 2. Juli: Alpenfahrt in die süddeutschen Alpen. 6. bis 6. Juli: Fahrt nach Köln. 8. bis 11. Juli: Etwa 48 Stunden dauernde Nordlandfahrt, eventuell bis zum Nordkap. 18. Juli: Landungsfahrt nach Neufahrt a. d. S. 15. Juli: 60-Stunden-Nordland-Fahrt, eventuell bis Spitzbergen. 20. Juli: Fahrt nach den englischen Inseln (England, Schottland, Irland). 3. August: Darmstadt (Landungsfahrt). 5. August: 60-Stunden-Fahrt nach Madeira, Kap Teneriffa. Eventuell Rückflug über die Azoren. 10. August: Landungsfahrt nach Dortmund. 12. August: 48-Stunden-Fahrt nach den Ostseeländern (Dänemark, Schweden, Finnland). 17. August: Landungsfahrt nach Kassel. 19. August: 48-Stunden-Mittelmeer-Fahrt (rund um Italien), Sizilien und adriatische Küste. 30. August: über 31. August: Messerfahrt nach Leipzig mit Landung. 7. September: Landungsfahrt nach Völsfeld. 9.-11. Sept.: Landungsfahrt nach Moskau (Preferenzen vorbehalten). 7. Oktober: Walfahrt.

Der „Graf Zeppelin“ ist heute, Dienstag, kurz nach 8 Uhr, mit 39 Passagieren zu seiner Schweizerfahrt aufgestiegen.

Das Junkers-Flugzeug G 38, das am Montag wegen schlechter Wetterbedingungen aus Frankreich in Köln zwischengelandet war, ist nachmittags 1 Uhr zum Weiterflug nach Paris gestartet und abends 18.45 Uhr auf dem Flugplatz von Le Bourget bei Paris gelandet.

In Minden wurden der Obermusikmeister der 2. Abteilung des 6. Art.-Regts., Paul Adam und seine Frau verhaftet. Es sollen schwere Verfehlungen des Obermusikmeisters (Landesverrat) vorliegen. Das Motiv der Tat soll in den mihlichen Verhältnissen des Paares liegen, das weit über seine Verhältnisse hinaus lebte.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. Juni hat sich in der zweiten Juniwöche der Umlauf an Reichsbanknoten um 293,9 Millionen Reichsmark auf 4278,8 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 1,6 Millionen Reichsmark auf 328,6 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 42,5 Millionen Reichsmark auf 3041,0 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 57,3 Proz. in der Vorwoche auf 61,2 Proz., diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 65,6 Prozent auf 71,1 Prozent.

diesen Klassen als eine Herabsetzung betrachten, und so würde leicht eine Spaltung in den Lehrkörper hineingetragen werden.

4. Einen organischen Abschluß würden diese Klassen auf keinen Fall bedeuten. Der Lehrplan einer Vollanstalt ist ein in sich geschlossenes Ganzes, und wenn man ihn vorher abbricht, kann das, was man darauf setzt, nur als ein schlecht passender Aufsatz wirken. Jedenfalls müßte dieser Aufsatz für Gymnasium und Realschulsystem, deren Schüler schon drei Jahre Latein gehabt haben und vielleicht ein Jahr Französisch, anders sein, als für Realschüler und solche Realschulsysteme, die als einzige Fremdsprache bisher nur drei Jahre Französisch getrieben haben. Wie er aber in beiden Fällen zu gestalten sei, ob im Anschluß an den Volksschul-lehrstoff (mit einer Fremdsprache) oder in Anlehnung an eine Fachschule, dürfte auch schwer zu entscheiden sein.

Gegen die Abschlussklasse nach O III sprechen die gleichen Bedenken:

Zu 1. Der Abgang nach U II scheint nicht mehr so stark wie früher. Die Mittlere Reife hat an Bedeutung gewaltig verloren.

Zu 2. Das Urteil über die Befähigung dürfte hier schon etwas mehr Anhaltspunkte haben, aber es handelt sich hier um Schüler, die mitten im Pubertätsalter stehen.

Zu 4. Hier wäre es nicht mehr möglich, Gymnasien und Realschulsysteme zusammenzuwerfen, da bei den Gymnasien mittlerweile Griechisch hinzugekommen, ist bei den Realschulsystemen Englisch, die Vorbildung also noch verschiedener geworden ist. Die Realschulsysteme mit neupraxischem Unterbau hat ein zweijähriger achttündiger Lateinunterricht von der Vorbildung der Oberrealschulen getrennt. Hier wäre also ein einigermaßen passender Aufsatz als Abschlussklasse auf diesem ganz verschiedenen Unterbau noch viel schwieriger.

Gegen beide Abschlussklassen spricht aber noch ein besonderes Bedenken:

Die Lehrer könnten vielleicht die Abschlussklassen als Abgangsklassen begrüßen, die ihnen eine strengere Beurteilung der Schüler erleichtert, da diesen durch die Überweisung an die Abschlussklassen doch immerhin ein gewisser Abschluß ihrer Schulbildung ermöglicht wäre. Auf die Eltern könnte aber diese Einrichtung eher beruhigend und damit anregend, keineswegs aber erschreckend wirken, indem sie sich sagen: Nun, wir versuchen es einmal mit der höheren Schule! Wenn es nicht gelingt, dann sind ja immer noch die Abschlussklassen da!

Aus all diesen Gründen komme ich zu einer Ablehnung der Abschlussklassen. Ich halte es überhaupt für unmöglich, daß die höhere Schule durch irgendwelche einschneidende Maßnahmen den Zustrom zur Reifeprüfung eindämmt. Ihre Aufgabe kann nur sein, durch ein immer besser auszubildendes und streng zu handhabendes Ausleseverfahren, Hand in Hand mit einer praktischen Berufsberatung, die Schule stetig von den für theoretische Studien ungeeigneten Schülern zu befreien. Man könnte höchstens daran denken, den Aufstieg in die Oberstufe von der Erreichung mindestens der Durchschnittsnote 3 abhängig zu machen. Für diese Maßnahme wäre nach der Gliederung des Lehrplans der Übergang von U II nach O II im allgemeinen der gegebene Zeitpunkt. Da aber einzuweisen noch für eine ganze Anzahl von Berufen, besonders für die mittlere Beamtenlaufbahn, das Zeugnis der Primareife verlangt wird, könnte man vorderhand diesen Einschnitt nur nach O II legen. Man würde zweierlei Arten von Zeugnissen dann für die Schüler der O II ausstellen.

1. Ein Zeugnis, das bescheinigt, daß der Schüler den Kenntnisstand der absolvierten O II erreicht hat.
2. Ein Zeugnis, das ihm außerdem noch die Berechtigung zum Übergang nach U I bescheinigt.

Eine Verstärkung der Reifeprüfung würde kaum zum gewünschten Ziele führen. Alle Maßnahmen, die eine Abweigung an eine Vollanstalt antreiben, sei es nur einer Klasse oder eines besonderen Zweiges, etwa von U III ab, wirken in eine andere, weniger geeignete Schule erleichtert werden. Auf welche Weise dies geschehen kann, das zu zeigen, liegt außerhalb meiner Aufgabe.

Wenn so die Gitter zur höheren Schule und zu ihrer obersten Klasse immer enger gemacht werden müssen, so muß doch andererseits auch der Austritt aus ihr und der Übergang in eine andere, weniger geeignete Schule erleichtert werden. Auf welche Weise dies geschehen kann, das zu zeigen, liegt außerhalb meiner Aufgabe.

Ganz allgemein möchte ich nur bemerken: Wirklich wirksam kann meines Erachtens nur das Leben und die harte Wirklichkeit den Zustrom zu den höheren Schulen und der Universität eindämmen und regeln. Der Numerus clausus wird schon stark abschreckend wirken, und die Ausschließlichkeit in den übrigen akademischen Berufen wird die Zahl der Bewerber auch stetig vermindern. Zugleich wird aber die allmähliche Umstellung in der Einschätzung der akademischen Bildung überhaupt als eines Maßstabes für die gesellschaftliche Einteilung, und damit verbunden, die immer steigende Möglichkeit, den wirklich Tüchtigen auch auf anderen Wegen in gehobene und führende Stellungen zu bringen, die höhere Schule entlasten. An der Schaffung solcher anderen Wege zum Aufstieg der wirklich Tüchtigen mitzubedenken, dürfte der aufbauende Teil der Aufgabe der Schulverwaltung in dieser Bevölkerungsbevægung sein.

Die erste Young-Zahlung überwiesen. Die Reichsregierung hat am Montag durch die Reichsbank der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich in Basel die erste Rate nach dem Youngplan in Höhe von etwa 138 Millionen Reichsmark überwiesen.

Gegen die Ausweisung von Babst hat die Tiroler Landesregierung bei der Bundesregierung in Wien protestiert. Die Maßnahme sei ohne vorherige Fühlungnahme mit der Landesregierung zustande gekommen und werde weniger gegen die Person des Majors Babst als gegen die Heimwehrbewegung gerichtet, aufgeföhrt. — Von der Heimwehr wurde mit der Leitung der Geschäfte des Stabschefs bis auf weiteres Ingenieur Raute, Seiermar, betraut.

Der Streit in den elbischen Kaligruben. Wie die Agentur Spavas aus Rülhausen berichtet, streiken in den Kaligruben des Rülhauser Bezirks insgesamt 80 Proz. der Kaligrafschaften.

An der russisch-persischen Grenze ist es zwischen russischen Truppen und mohamedanischen und russischen Flüchtlingen zu Zusammenstößen gekommen. Die russischen Truppen sind ungefähr 20 Kilometer auf persisches Gebiet vorgedrungen. Auf beiden Seiten hat es Verluste gegeben.

Badischer Teil

Aus der Evangelischen Landessynode

Die evangelische Landessynode hat sich, wie noch nachzutragen sei, auch mit verschiedenen Anträgen bezüglich der kirchlichen Sonderfeiern vor allem der Maifeiern und der Überlassung der Kirchen dazu beschäftigt.

Von Volkstümlicher Seite wurden dabei die Ziele der religiösen Sozialisten und die Zwecke der Maifeiern in der Kirche vorgelegt, wobei betont wurde, wenn Bräuden zum Proletariat gebaut werden sollten, so müsse in der Kirche mit Majoritätsbestrebungen Schluß gemacht werden. Es entspann sich eine längere Auseinandersetzung über die Ziele der religiösen Sozialisten. Kirchenpräsident D. Burth führte u. a. aus: Niemand wolle eine Stagnation der Kirche; sie bedürfe stets einer Reformation. Die Sonderfeiern dürfen nicht den Eindruck erwecken, hier will man die Kirche ändern, um etwas Neues zu bauen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Positiven mit 85 gegen 23 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen und dann der der Liberalen mit 52 gegen 8 Stimmen. Danach muß das Programm der von besonderen Organisationen veranstalteten Sonderfeiern dem Kirchengemeinderat vorgelegt werden, der berechtigt ist, die Genehmigung davon abhängig zu machen, daß beantragte Lieber nicht gefungen werden. Mit großer Mehrheit fand weiter ein positiver Antrag zur Frage der Benützung der kirchlichen Räume Annahme, der die Kirchenregierung ersucht, der nächsten Synode eine Neubearbeitung von § 92 der Kirchenverfassung vorzulegen.

Tagung der badischen Polizeijuristen

Anläßlich der Hauptversammlung des badischen Vereins höherer Verwaltungsbeamten am Sonntag, den 15. Juni in Heilbronn fand auch eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft der badischen Polizeijuristen statt.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Arbeitsgemeinschaft eingetreten ist, für Reform des inneren Dienstes bei den Polizeiverwaltungen, für verstärkte verkehrspolizeiliche und kraftfahrtechnische Schulung der Verwaltungsbeamten, sowie für Verbesserung der Verbindung des Außendienstes mit den polizeilichen Nachrichtenzentralen, insbesondere mit Rücksicht auf die Verhältnisse auf dem flachen Land. Für das kommende Vereinsjahr hat die Arbeitsgemeinschaft in Aussicht genommen, die Grundzüge näher auszuarbeiten, welche der verwaltungsgemäßen Verantwortung für den Polizeieinsatz (Polizeiverwendung) entsprechen. Der Tagung der Arbeitsgemeinschaft wohnten der Vorsitzende des Vereins Höherer Verwaltungsbeamten, sowie ein Vertreter der Vereinigung badischer Polizeioffiziere an.

Zusammenstöße in Mannheim

Bad. Mannheim, 17. Juni (Tel.) Gestern abend 8 Uhr fanden Protestkundgebungen wegen des nationalsozialistischen Überfalls auf Reichsbannerleute am vergangenen Samstagabend statt, und zwar vonseiten des Reichsbanners und der Kommunisten.

Beim März des Reichsbanners kam es am Friedrichsplatz zu einem bedauerlichen Zwischenfall, wobei ein Nationalsozialist durch einen Stich vom Rücken und ein weiterer Nationalsozialist durch einen Schlag mit der Faust am rechten Auge verletzt wurden. Nach den vorläufigen Ermittlungen besteht der Verdacht, daß in beiden Fällen der Täter in den Reihen des Reichsbanners zu suchen ist.

Im Laufe des Abends war die Polizei mehrmals gezwungen, gegen Störer der öffentlichen Ordnung, teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels, einzuschreiten und die Straßen zu säubern. Hierbei wurden elf Personen festgenommen.

Wachsender Fremdenverkehr in Freiburg. Auch der Monat Mai brachte für Freiburg gegenüber dem Vorjahre erhebliche gestiegene Fremdenverkehrsziffern. Es übernachteten 16 274 (i. B. 15 217) Fremde. Darunter waren 14 164 (13 558) deutsche Staatsangehörige und 2110 (1659) Ausländer. Besonders stark war die Zunahme aus dem englisch sprechenden Ausland, aus den skandinavischen Ländern und Holland.

Badisches Landestheater

Der lustige Krieg

Karlsruhe ist wahrlich mehr eine winterliche, denn eine sommerliche Theaterstadt. Trotzdem gelingt unsrer Landesbühne auch während den warmen Monaten, die nicht nur hier übrigens miserable Theaterwälder zu sein pflegen, momentweise wenigstens mit Glück die allgemeine Theaterlust zu bannen. Das bezeugt immerhin die Erstausführung der Johann Straußschen Operette „Der lustige Krieg“, die am Sonntagabend vor vollbesetztem Hause stattfand. Zwar wird sich auch diese bedeutsame Sommerleistung ebenfalls erst im nächsten Spieljahr voll auswirken können, wie es heuer schon mit denselben Komponisten „1001 Nacht“ schon der Fall war. Aber symptomatisch ist die Sache ohne allen Zweifel, selbst wenn es an sich ein bißchen töricht wirken würde, sich gerade jetzt allzuheiß — bei 30 Grad im Schatten — über solche Kunst-Zeit aufzuregen.

Wenden wir jedoch bei dem Geschehnis als solchem und konstatieren wir zunächst vom Stück aus: Die textliche Neugestaltung für die Wilhelm Storr zeichnet, ist allerdings weit entfernt von dem erbärmlichen Tiefstand, dem man sonst bei derlei Elaboraten begegnet. Es ist freilich viel hinguerfunden und die kleine, hausbadene Fabel des Originals fast zu neuem aufgeblasen, doch heute ist leider die Aufmachung ja nun einmal alles und das ganze ein Erfolg des Koch und Koch. Fragwürdiger scheint freilich die musikalische Seite, sie dünkt uns bis zu einem bestimmten Grad die Achillesferse der Bearbeitung; denn was sich Felix Günter streckenweise bei seiner angeblichen „Einrichtung“ gestattet, überschreitet das Maß der notwendigen Neuweise erheblich und kommt einer jüdisch zuweilen kaum noch zu rechtfertigenden Modernisierung gleich, die den klassischen Namen Strauß nur als Attrappe benützt.

Gleichwohl: dieser Wiederbelebungsvorzug bestand in allen Ehren, soweit das in erster Linie von der Zustimmung der Hörer abhängt, die getadelt begeistert applaudierten und stets wieder Da capo's verlangten. Er war auch sichtlich mitbestimmend durch die glänzende Regie von Dr. Hans Waag, der mit einigen zur Zeit recht hohen mimischen Kurzwerten paradierte und in Torken Secht einen nicht minder auf Schein-Aktualisierung eingestellten Bühnenbildner fand, wie ihn auch Marg. Schellenberg mit farbenprächtigen Kostümen recht wirksam unterstützte. Und oben auf der Bühne herrschte frohlicher Mit-Beitrieb, angeführt von Hermann Brand, dem Hellamechef des Hauses für lokale Wit. Diverse Nachbarn sicherte sich ein zweites Schauspielmitglied Gertrude Biegler an der Spitze ihres Damenquartetts. Von den Sängern heimte sowohl Emma Seiberlich als schöne Prinzessin Violetta wie auch

Aus der Landeshauptstadt

Das Ehrenbuch für die Gefallenen und Fliegeropfer der Stadt Karlsruhe

ist erschienen. Es ist ein umfangreiches, würdiges Gedenkbuch geworden. Auf drei „Ehrenafeln“ sind die Personalien von 6510 Karlsruher Kriegsoffizieren aufgeführt — die Namen derer, die im Kampfe für das Vaterland starben — derer, die im Dienste der freiwilligen Krankenpflege ihr Leben ließen, und endlich die Namen aller der Personen, auch der Nicht-Karlsruher, die ein Opfer der feindlichen Fliegerangriffe auf die Stadt Karlsruhe wurden. Den Ehrenafeln folgen auf 64 Seiten Abbildungen von Friedhöfen und Ehrenmalern.

Das Titelbild stellt die Monumentalstatue für das Ehrenmal der Stadt Karlsruhe dar, das auf dem Ehrenfriedhof im Entstehen begriffen ist. Zwei Aufsätze behandeln das Schicksal der Karlsruher Garnison im Weltkrieg und geben in Text und Tabellen Auskunft über die Karlsruher Kriegsoffiziere. Herr Oberbürgermeister Finter hat dem Buch ein Geleitwort mit auf den Weg gegeben, in dem er die Einwohner bittet, in ihrem Hause dem Gedenkbuch einen Ehrenplatz einzuräumen.

Bemerkenswert sei nur noch, daß der Preis von 5 M. angesichts der trefflichen Ausstattung des Wertes als äußerst billig bezeichnet werden muß. Das Buch ist bei allen Buchhandlungen zu haben (in den Vororten auch bei den Gemeindefretären). Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Buchhandlungen im Interesse der Sache, der das Buch gilt, auf Gewinn verzichtet haben. Nach auswärts erfolgt der Versand portofrei, sofern Bestellungen an die Stadtverwaltung (Stadt. Statist. Amt, Jähringerstraße 98, dem die Verarbeitung und Herausgabe des Buches oblag) gerichtet werden. Mit Anfragen und Wünschen bezüglich des Buches wolle man sich nur an diese Stelle wenden.

60. Geburtstag. Dr. von Rebold, der Leiter der Hautabteilung des städtischen Krankenhauses, feiert am Mittwoch seinen 60. Geburtstag. Eine große Zahl von Jahren hindurch widmete sich von Rebold dem militärischen Arztdienst; u. a. machte er den Krieg als Oberstabsarzt an der Front mit und nahm dann seinen Abschied als Obergeneralarzt, um in den Dienst des städtischen Krankenhauses zu treten. In der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten steht von Rebold an leitender Stelle.

Medizinalrat Krumm f. Im 65. Lebensjahr ist ganz unerwartet der Chefarzt des Diakonissenkrankenhauses, Medizinalrat Dr. Ferdinand Krumm, gestorben. Mit ihm ist einer der bekanntesten Chirurgen der Landeshauptstadt aus dem Leben geschieden. 34 Jahre lang war er bei der Evangelischen Diakonissenanstalt tätig, zuerst als Assistentenarzt, dann als chirurgischer Hausarzt, von 1906 an als leitender Arzt der Chirurgischen Abteilung und ab 1921 wurde ihm die gesamte ärztliche Leitung des Diakonissenhauses übertragen.

Der Fremdenverkehr in Karlsruhe. Im Monat Mai wurden in Karlsruhe 18 717 Fremde gemeldet. Das bedeutet eine Steigerung um 2892 Gäste gegenüber April 1930, um 1908 gegenüber Mai 1929 und um 2169 gegenüber Mai 1914. Von der Gesamtzahl aller Fremden entfallen 9556 = 69,7 Proz. auf den Verkehr in Hotels, 4131 auf den in Herbergen und einfacchten Gasthöfen und 30 auf Privatpensionen. Unter der Gesamtzahl aller Fremden befinden sich 1042 = 7,6 Proz. Ausländer (gegenüber 8 Proz. im April), von denen 78 Proz. in Hotels übernachteten. Übernachtungen sind 22 450 gemeldet. Das ergibt 1,64 auf einen Fremden (im April 1,61).

Erneute Zusammenstöße in Karlsruhe. Auch am Montagabend kam es in mehreren Straßen der Altstadt zu politischen Kundgebungen. Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wurden, wie der Polizeibericht meldet, von linksradikalen Elementen, die in größerer Zahl auftraten, plötzlich überfallen, wobei die Angreifer von Schlagringen, Knütteln und Eisenstangen Gebrauch machten. Die Polizei mußte mehrfach mit dem Notrufkommando eingreifen und konnte mehrere Täter auf Seiten der Angreifer ermitteln. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Schlagring erheblich, einige andere wurden leichter verletzt.

Sarrafani ist da! In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist der Haupttrödel des Zirkus Sarrafani in Durlach eingetroffen. Bis in die Nachmittagsstunden des Montags hinein dau-

erte das Anrollen der großen grünweißen Wagen. Inzwischen wurde auf dem Platz am Dornwäldle eifrig gearbeitet. Gegen Abend stand die ganze große Feststadt schon fast fertig da. Das Gerücht, daß einzelne Vorstellungen bereits ausverkauft seien, bewahrheitet sich jedoch nicht, wie wir gebeten worden sind, mitzuteilen. Es sind also auch zu der feierlichen Premiere am heutigen Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, noch Eintrittskarten aller Platzgruppen zu haben, sowohl im Durlacher Vorverkauf, Webers Bazarrede am Marktplatz, sowie auch in Karlsruhe im Warenhaus Knopf und an der Zirkuskasse, die von 9 Uhr morgens an durchgehend geöffnet ist.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterstelle, Karlsruhe. Unser Gebiet liegt noch unverändert im Süden des nur langsam abbaubaren skandinavischen Hochs. Die Temperaturen stiegen in der Ebene bis 30 Grad an und erreichten auch im Hochschwarzwald 18 Grad. Zu Gewitterbildungen kam es vereinzelt. Ob wir auch weiterhin in dem Bereich der trockenen Ostluft bleiben, hängt von dem Verhalten einer über Frankreich erschienenen Störung ab. Voraussage für 18. Juni: Warm, strichweise Gewitter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Juni		16. Juni	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.40	168.74	168.38	168.72
Kopenhagen 100 Kr.	112.05	112.27	112.06	112.28
Italien . . . 100 L.	21.925	21.965	21.94	21.95
London . . . 1 Pf.	20.342	20.382	20.342	20.382
New York . . 1 D.	4.1875	4.1955	4.1875	4.1955
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	81.085	81.265	81.11	81.27
Wien 100 Schilling	59.10	59.22	59.09	59.21
Brag. 100 Kr.	12.419	12.439	12.417	12.437

Badenia, Karlsruhe AG. für Verlag und Druckerei. Nach 59 257 Reichsmark Abschreibungen wird ein Reingewinn von 38 510 Reichsmark ausgewiesen, wozu noch der Gewinnvortrag von 4271 Reichsmark kommt. Es wird daraus eine Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital von 200 000 Reichsmark verteilt, ferner werden dem Reservefonds 11 000 Reichsmark, dem Pensionsfonds 6000 Reichsmark zugewiesen, sonstige Zuwendungen werden in Höhe von 6000 Reichsmark gemacht. In der Generalversammlung am Montag wurden alle Regularien einstimmig genehmigt. An Stelle von Minister Wittenmann, der aus dem Aufsichtsrat ausscheidet, wurde Bankier Krebs, Freiburg, zum 2. Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestellt und Reichstagsabg. Dr. Köhr neu in den Aufsichtsrat gewählt.

über die Forzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie vom März/Mai 1930 wird uns berichtet: Die Verteilung der Arbeit hat es mit sich gebracht, daß die Berichtszeit an sich im Jahr die geringste Beschäftigung aufzuweisen hat. Die Verschlechterung des Auftragsbestandes und der Absatzverhältnisse ist aber gerade dieses Jahr außergewöhnlich groß. Der Export ist genau so zurückgegangen, wie der Inlandmarkt, eine Folge der Rohstoffkrise. Die amerikanischen Einkäufe wurden durch die U.S.A.-Zolltarifvorlage zur allergrößten Zurückhaltung veranlaßt. Die Lieferfristen sind nach wie vor kurz, die Zahlungsfristen lang. Dazu kommt noch, daß der Forzheimer Platz in der abgelaufenen Periode durch eine Reihe großer Zahlungseinstellungen schwer geschädigt wurde. Im allgemeinen wird über eine dreitägige Arbeitswoche berichtet. Ein Teil der Arbeiter hat entlassen werden müssen. Man hat damit zu rechnen, daß eine Wiederbelebung in der Forzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist. Man sieht überhaupt sehr schwarz in die Zukunft, wenn es nicht gelingt, die Produktionskosten gegenüber der immer stärker anwachsenden ausländischen Konkurrenz zu senken — wesentlich zurückgegangen ist der Beschäftigungsgrad in der Uhren- und Uhrgehäusesfabrikation. Die meisten Betriebe haben Kurzarbeit eingeführt. Voll gearbeitet wurde indessen, durch die Saison bedingt, in der Branche der schwer verarbeiteten Tafelgeräte und Bestecke. Es sind hier noch Aufträge für die nächsten Monate vorhanden.

Wilhelm Reutwig (Graf Umberto) einen Sondererfolg ein, der letztere vor allem mit dem Walzerduo: „Nur für Natur“, der einstigen Glanznummer Girardis. Von den anderen Mitwirkenden schienen besonders noch Elise Blank (Nina), Karlheinz Höfer (Balthasar) und Robert Rießer (Cyprian) sehr froh, sich gründlichst im leichteren Operettenspiel austoben zu dürfen. Nicht zu vergessen ist weiterhin das Ballett, dessen Einlage im zweiten Akt (insubriert durch S. J. Fürstenau) fast zur Hauptsache ward. Die musikalische Führung lag in der Hand von Generalmusikdirektor Josef Krups, der für derlei Wiener Ware, auch wenn sie oft ziemlich verändert annimmt, prädestiniert ist. Ein gerüttelt Maß des herzlichen Beifalls galt deshalb mit Recht ihm und seinem geschmeidig folgenden Orchester.

Evangelisches Kirchengesangsfest

Ein halbjahrhundert liegt zurück der Tag, an dem die evangelischen Kirchenchöre im badischen Land zum Zusammenfluß aufgefordert wurden, nicht nur um die Pflege des Kirchengesanges in neue Bahnen zu lenken, sondern um auch dadurch einen stärkeren Einfluß auf das kirchliche Leben in Haus und Schule zu gewinnen. Damals waren es 21 Vereine, die ihre Mitgliedschaft zu dem zu gründenden Landesverein anmeldeten, heute gehören ihm 240 Vereine mit rund 9000 Sängern an, Anlaß genug, die schon immer in zweijährigen Turnus wiederkehrenden Landesfeste im Jubeljahr zu einer besonders machtvollen Kundgebung auszugestalten und dabei auch der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, was inzwischen erreicht worden ist.

So ward gleich am Samstagabend die Aufführung des Handelschen Oratoriums „Israel in Ägypten“ zu einer imposanten Jubiläumsvorstellung und bewies, daß die aus den acht Karlsruher Kirchenvereinen vereinigten Kirchenchöre einen Vokalchor darstellen, der sich getrost heute an eine so ungewöhnlich schwierige Aufgabe wagen darf. Natürlich eine so geschlossene Chorweise wie etwa unsere Chorvereinigung oder selbst die Volksingeladademie bildet er vorläufig noch nicht ganz; die Homogenität des Klanges läßt da und dort (namentlich bei den achtsimmigen Doppelchören) doch einiges zu wünschen übrig, gleichwohl ward die Wiedergabe unter dem Landeskirchenmusikdirektor Prof. Dr. S. M. Köppen (Heidelberg) zu einem beredten Zeugnis ihrer Leistungsfähigkeit. Und der aufopfernde Eifer aller Sänginnen und Sängler — es standen 400 Mitwirkende auf dem Podium des großen Festhallsaales — ist umso anerkennenswerter, da ja die gewöhnliche Vorbereitung neben und außerhalb ihres sonstigen kirchlichen Wirkungskreises einhergehen mußte. Auch das Solistenquartett befriedigte im ganzen sehr, obwohl z. B. Elise Grünwald-Sehfer für ihre plötzlich verhinberte Kollegin

erst in letzter Stunde die Altpartie übernommen hatte. An der Seite von Walter Franz und Franz Schuster, den bekanntesten hiesigen Interpreten, erschien zudem in Gustav Schlatter (Heidelberg) ein zweiter Bassist, der mit den altstiftischen Verhältnissen des Raumes anfänglich nicht recht vertraut war, nach und nach sich aber vorzüglich zurecht fand. Mit den beiden Musiklehrern W. Rumpf und S. A. Mann an Orgel und Cembalo hinterließ deshalb die Aufführung bei den meisten Zuhörern doch einen sehr nachhaltigen Eindruck und wurde mit wohlverdientem Beifall bedankt.

Der Sonntagvormittag gehörte in den evangelischen Hauptkirchen der Stadt Festgottesdiensten, bei denen verschiedene auswärtige Kirchenchöre — zum Jubelfest hatten sich im ganzen 3000 Sänger aus allen Gegenden des Landes eingefunden — mitwirkten und u. a. mit alten schönen Kirchengesängen die Predigt der Geistlichen über „Die Herrlichkeit der evangelischen Kirche“ sehr wirkungsvoll umrahmten. Nach dem offiziellen Festakt, der in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, der Stadtverwaltung, der evangelischen Kirchenbehörden usw. im kleinen Festhallsaal vor sich ging, versammelten am frühen Nachmittag sich abermals die von über- all her herbeigeströmten Sänger zu einem Choralsingen auf dem Schloßplatz, das ebenfalls trotz einer nur ganz kurzen Verständigungsprobe einen glänzenden Verlauf nahm und einem Kirchenkonzert beinahe unter freiem Himmel gleich, zumal da bei diesem Anlaß, der ein stattliches Publikum angelockt hatte, auch der „Verein junger Männer“ seinen Posaunenchor aufspielen ließ. Am Spätnachmittag rief sobann nach eine gottesdienstliche Abendfeier in die Stadtkirche, wobei die Forzheimer Kirchenchöre zusammen mit dem dortigen Orchesterverein unter ihrem jetzt zum Kirchenmusikdirektor ernannten Dirigenten Albert Faust die Bach-Rantate „Wachet auf, ruft uns die Stimme“ zur Aufführung brachten. Von den beiden Solisten erfreuten sowohl Marianne Welsch-Schmid (Soprano) wie auch Fritz Kaiser (Bass) durch sehr geschmackvolle Darbietung der Rezitative und Arien, und verhalfen dieser musikalischen Beihfestunde, bei der noch L. Kühn als Organist mitwirkte, zu einem stark künstlerischen Gesamteindruck.

Den Auftakt zu all diesen Veranstaltungen hatte am Samstag ein ausfallsreicher Vortrag von Harzer Dr. Anton (Mannheim) über „Die kirchenmusikalische Krise in ihrem schicksalhaften Zusammenhang mit der des allgemeinen Musiklebens und was zur Lösung nottut“ gebildet, an deren Ende stand wiederum ein tiefgründiges Referat; und zwar sprach Prof. Dr. Rood (Darmstadt) vor dem Zentralausschuß des deutschen Evangelischen Kirchengesangvereins, der am Montagvormittag eine Sitzung hier anstellend an die Festlichkeiten abließ, über „Wesensunterschiede zwischen evangelischer und katholischer Kirchenmusik“.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Spielberg wurde der bisherige Bürgermeister Karl Nau mit 298 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat erhielt 260 Stimmen. — In Fautenbach bei Bühl wurde bei der dritten Bürgermeisterwahl der Sohn des im Jahre 1912 verstorbenen Bürgermeisters Ketterer, Bernhard Ketterer, mit 325 von 628 abgegebenen Stimmen gewählt. — In Mettenberg (Amt Waldshut) wurde der bisherige Bürgermeister Joseph Morath mit 66 Stimmen wiedergewählt, während sein Gegenkandidat, der Landwirt Kägel, 62 Stimmen auf sich vereinigte. — In Melsheim erhielt am Sonntag keiner der vier Kandidaten, darunter auch der bisherige Bürgermeister Herrmann, die erforderliche Mehrheit. Im ganzen wurden etwa 450 Stimmen abgegeben. — In Büdingen (Konstanz) wurde Ratsschreiber und Grundbuchhelfer Guldreich Walter, ein Sohn des 1927 verstorbenen Ratsschreibers Arnold Walter, zum Bürgermeister gewählt. Der neue Bürgermeister wird auch den Grundbuchdienst weiter versehen.

Aus dem Gemeinderat Eberbach. Das im Jahre 1928 bei der Badischen Kommunalen Landesbank in Mannheim aufgenommene Darlehen in Höhe von 175 000 M zur Förderung des Wohnungsneubaus und zur Verbesserung und Kanalisierung verschiedener Ortsteile ist zur Zeit zum Teil fällig. Der Gemeinderat genehmigt die Verlängerung des Darlehensvertrages zu den von der Kommunalen Landesbank vorgeschlagenen Bedingungen. Die schwierige Finanzlage zwingt die Gemeinde unerbittlich zur Erschließung weiterer Einnahmequellen. Der Gemeinderat hielt es deshalb für unumgänglich notwendig, das Schulgeld für die Fachschulen (Gewerbe- und Handelsschule) zu erhöhen, um so mehr, als das Schulgeld der Fachschulen in anderen Stadtgemeinden bereits den mehrfachen Betrag erreicht hat. Demgemäß wurde beschlossen, das Schulgeld für einheimische Schüler auf 25 M und für auswärtige Schüler auf 40 M jährlich für die Gewerbeschule festzusetzen. Für die Handelsschule soll das Schulgeld für die Pflichtschüler 50 M und für die freiwilligen Schüler 60 M jährlich betragen. Der Gemeinderat nahm einen Bericht des Bürgermeisters über die zur Förderung der Milchzeugung und des Milchabfahes im Bezirk und in der Stadt Eberbach in der letzten Zeit gepflogenen Verhandlungen zur Kenntnis. Es soll in aller nächster Zeit die Beschaffung einer vorbildlichen Milchzentrale stattfinden.

Das Bahnprojekt nach Todmooß (im Schwarzwald) vom Wieselau nach Rheintal aus ist in der letzten Zeit immer lebhafter erörtert worden. Raut „Jeller Rg.“ soll sich eine Großbank bereit erklärt haben, dieses neue Projekt zu finanzieren, dessen Durchführung von Wehr über Hasel, Glashütten, Gersbach, nach Todmooß führt und von hier weiter über Hintertodmooß, Bernau bis nach St. Blasien. Die Verwirklichung hängt natürlich auch von der Höhe der finanziellen Beteiligung der Gemeinden und evtl. des Staates ab.

Schwierigkeiten in der Gemeindeverwaltung Singen. Bürgermeister Dr. Kaufmann hat wegen Überarbeitung und wegen der Aufregungen in den letzten Wochen laut „Bodenseezeitung“ einen Ferienurlaub angetreten. Die Stellvertretung hat Gemeinderat Kuhn. Diesem liegt es nun ob, nachdem der Gemeinderat den Voranschlag abgelehnt hat, einen neuen Voranschlag auszuarbeiten. — Der Krankenhausverwalter Brückmann ist von der Staatsaufsichtsbehörde seines Amtes mit sofortiger Wirkung enthoben und zum Wohlfahrtsamt versetzt worden, während der bisherige Leiter dieses Amtes, Efinger, die Krankenhausverwaltung übertragen erhielt. Brückmann ist unmittelbar nachdem ihm seine Veretzung eröffnet worden ist, verschwunden. Es liegt die Vermutung nahe, daß Brückmann sich ein Verbrechen angetan hat.

Kurze Nachrichten aus Baden

Kehl, 16. Juni. Wie die „Kehler Zeitung“ berichtet, hat man mit den Abrucharbeiten des französischen Bahnkontrollhäusleins an der Rheinbrücke begonnen. Das Häuslein wird nunmehr am jenseitigen Ende der Rheinbrücke aufgestellt sein.

Öffentliche Sparkasse Neckarbischofsheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Kassenbestand	9 676,41	1. Spareinlagen	1 045 683,04
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	71 226,15	2. Giroeinlagen	22 344,03
3. Wechsel	1 347,30	3. Ausgabeverbindlichkeiten	21,20
4. Darlehen a. Hypotheken	452 305,55	4. Reservefonds:	
5. Kauschillingsforderung	5 800,—	Stand am 31. Dez. 1928	31 230,47
6. Lombarddarlehen	1 900,—	Reingewinn per 1.2.29	18 658,64
7. Darlehen a. Schuldscheine	163 885,18		
8. Darlehen an Gemeinden	240 244,03		
9. Forderung an die Aufwertungsmaße	150 467,09		
(an die Aufw. wurden 150 467,09 RM mehr rückbezahlt als von den Aufwertungsmaßregeln eingingen)			
10. Einnahmerückstände	21 085,67		
	1 117 937,38	Schulden der Aufwertungsmaße:	
Forderungen der Aufwertungsmaße (darunter Wertpapiere zum Börsenpreis von 81 155 RM)	230 853,15	a) an die Aufw. rekt.	78 043,41
		b) an die ordentliche Jahresrechnung	150 467,09
		Bilanzgleichheit	2 342,65
		(Überschuß der den Sparern durch Vergütung höherer Zinsen zugeführt wird)	
	1 348 790,53		1 348 790,53

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8%, aus 1 068 027,07 RM Einlagen	85 442,16 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929	49 889,11
Somit weniger	35 553,05 RM

Neckarbischofsheim, den 3. März 1930. D. 567
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Altheim.
Der Geschäftsführer: Müller.

66. Raubern, 14. Juni. Eine schweizerische Firma wird demnächst hier ein neues Fabrikunternehmen, und zwar eine Bäckerei für Autos und Motorräder errichten. Einweilen wird sie 30 bis 40 Arbeiter beschäftigen.

W.D. Freiburg, 16. Juni. Nach Witterungsberichten wurde die Vermutung ausgesprochen, daß der in Düsseldorf wegen der dort vorgekommenen Morde verhaftete Kärner möglicherweise die beiden Lehrerinnen Ida und Luise Gerßbach auf der Wehstannhöhe am 31. Mai 1928 ermordet haben könnte. Wie von der zuständigen Staatsanwaltschaft mitgeteilt wird, kommt Peter Kärner als Täter des Mordes auf der Wehstannhöhe nicht in Frage, da er sich in der betreffenden Zeit — von April bis Oktober — in Düsseldorf in Strafkast befunden habe.

66. Kleinlaufenburg, 16. Juni. Die Schiffschleuse beim Kraftwerk Laufenburg wird am 16. Juni wegen Ausbesserungsarbeiten geschlossen und voraussichtlich bis Ende September d. J. gesperrt sein. Während dieser Zeit müssen eintreffende Wasserfahrzeuge auf schweizerischem Ufer ausladen.

66. Schopfheim, 16. Juni. Die Papierfabrik Sutter in Schopfheim wird nunmehr am heutigen Tage nach monatelanger Stilllegung der Produktion, die Arbeit wieder aufnehmen. In einem Gebäude der Fabrik, welche von der Papierfabrik nicht mehr benötigt wird, beschäftigt die Wiesentaler Weberei G. m. b. H. eine Seidenstoffweberei einzurichten. Der Sitz dieses Unternehmens soll in Jülich sein.

66. Willingen, 16. Juni. Der Rheinbrückenbau Waldshut-Koblentz scheint nun endlich Tatfache zu werden. Nach Mitteilung der aargauischen Bauinspektion dürfte der Brückenbauentwurf keine Beanstandungen mehr erfahren und noch im Sommer die vorgeschriebenen Instanzen durchlaufen, so daß mit einem Baubeginn im Spätsommer zu rechnen ist.

W.D. Stuttgart, 16. Juni. Das Schwurgericht verurteilte heute den 45 Jahre alten verheirateten Händler und Metzger Stängle aus Stuttgart wegen Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis. Stängle hatte anfangs dieses Jahres in einer Audienz bei Justizminister Dr. Wehrle, in der er seine wegen Puppelei im Gefängnis sitzende Ehefrau freibekommen wollte, einen Anschlag auf den Minister verübt, wobei er mit einem Messer den Minister und einen zu Hilfe kommenden Hausinspektor an der Hand verletzete. Das Gericht ließ die Anklage wegen Totschlags fallen, da nicht anzunehmen wäre, daß Stängle dem Minister nach dem Leben getrachtet hätte.

W.D. Landau, 17. Juni. Die Beamten der Kreisoberstaatsanwaltschaft Speyer haben bei der hiesigen Weingroßhandlung Kurt Haber 60 000 Liter aus Spanien stammenden Rotwein beschlagnahmt. Der Beschlagnahme liegt folgender Vorfall zugrunde: Bei einer Kontrolle wurden die Arbeiter der Firma Haber dabei betroffen, als sie spanischen Alicante Rotwein mit badischen Hybridweinen vermischt, um aus dem Gemisch „Pfalzer Rotwein“ herzustellen. Die Firma hat im vergangenen Herbst große Mengen badischer Hybridweine in die Pfalz eingeführt. Wegen die Inhaber der Firma wurde ein Verfahren wegen Zollbetrugs eingeleitet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
(vom 16. Juni 1930.)

Wiedereinfuhr deutscher Renn- und Turnierpferde.
 Auf die Wiedereinfuhr deutscher Renn- und Turnierpferde, die zur Teilnahme an Pferderennen und Turnieren im Ausland vorübergehend aus dem Deutschen Reich ausgeführt worden sind, finden die bestehenden Einfuhrverbote für Hengste und Stuten sowie die hinsichtlich der Einfuhr und Durchfuhr

von Einfuhren im allgemeinen getroffenen veterinärpolizeilichen Anordnungen über die grenzübergreifliche Behandlung, die Bornahe der Malleinungenprobe, die Blutuntersuchung und die feuchtpolizeiliche Beobachtung am Bestimmungsorte keine Anwendung, sofern nicht der Einfuhrer die grenzübergreifliche Abfertigung der Tiere nach den allgemein für die Pferdeinfuhr geltenden Vorschriften besonders beantragt.
 Karlsruhe, den 16. Juni 1930.
Der Minister des Innern:
 J. Wittmann.

Die abgeforderte Gemartung Willstätterwald.

Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Gemartung Willstätterwald einerseits und der Gemeinde Eberbach andererseits abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemartung Willstätterwald mit der Gemeinde Eberbach wurde mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt.
 Karlsruhe, den 13. Juni 1930.
Der Minister des Innern:
 J. Wittmann.

Vertrag über polnische landw. Arbeiter vom 24. November 1927, hier, Ausstellung von Quittungskarten.

Nach Abschnitt II Artikel 14 des deutsch-polnischen Vertrags über polnische landwirtschaftliche Arbeiter vom 24. November 1927 (Reichsgesetzblatt 1928 II, Seite 167) sind polnische landwirtschaftliche Arbeiter nur dann inabänderungsbedingungslos, wenn sie Inhaber eines Befreiungsscheines sind (§ 2 Absatz 3 der Verordnung über Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter vom 2. Januar 1926/20. September 1927—Reichsgesetzblatt 1926 I, Seite 5/1927, I Seite 302). — Nach Mitteilung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stellen die Quittungskarten ausgestellt vielfach auch solchen polnischen landwirtschaftlichen Wanderarbeitern Quittungskarten der Inabänderungsbedingungslos aus, die nicht im Besitz eines Befreiungsscheines sind. Zum Teil handelt es sich dabei um Arbeiter, die unter Umgehung der Grenzämter auf ungesetzlichem Wege nach Deutschland gekommen sind. Die Vorlegung einer Quittungskarte verleiht die Arbeitgeber zu der Annahme, daß die Beschäftigung dieser Arbeiter keiner Genehmigungspflicht unterliegt. Die Ausgabestellen für Quittungskarten werden angewiesen, bei Anträgen polnischer landwirtschaftlicher Arbeiter auf Ausstellung einer Quittungskarte der Inabänderungsbedingungslos stets zunächst die Vorlegung des Befreiungsscheines zu verlangen, und wenn der Schein nicht vorgelegt wird, daß für die Arbeitsstelle zuständige Arbeitsamt und die Deutsche Arbeiterzentrale, Berlin SW 11, Hafenplatz 4, zu benachrichtigen, damit diese feststellen können, ob sich der Ausländer auf einer genehmigten Arbeitsstelle befindet und ordnungsmäßig legitimiert worden ist.
 Karlsruhe, den 14. Juni 1930.
Der Minister des Innern:
 J. R. Weigel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten
 Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Ernannt:
 Der ordentliche Professor Dr. Hans Kniep an der Universität Berlin zum ordentlichen Professor an der Universität Freiburg;
 Privatdozent Dr. Gottwald Fischer an der Universität München zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Chemie an der Universität Freiburg.
Gestorben:
 Erster Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Ernst Haaber in Freiburg

Karlsruhe. D. 602
 Güterrechtsregisteramt.
 1. Zu Band I Seite 412: Clausung Heinrich, Dipl.-Ing., Gewerberat, Karlsruhe und Elisabeth geb. Keller. Vertrag vom 14. Mai 1930. Gütertrennung.
 2. Seite 413: Rothberg Friedrich, Händler, Karlsruhe und Myka geb. Djalomskaja. Vertrag vom 22. Mai 1930. Gütertrennung. 11. 6. 1930.
 3. Seite 414: Becker Willi, Kaufmann, Karlsruhe und Frieda geb. Kreher. Vertrag vom 9. Mai 1930. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
 4. Seite 415: Ederl Karl, Schneider, Karlsruhe und Katharina geb. Raupp. Vertrag vom 3. Juni 1930. Gütertrennung.
 5. Seite 416: Reich Friedrich, Kaufmann, Karlsruhe und Hermine geb. Oberacker bew. Schneider. Vertrag vom 15. Mai 1930. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
 6. Seite 417: Schabert Wilhelm, Hauptlehrer, Karlsruhe und Frieda geb. Nühle. Vertrag vom 3. Juni 1930. Gütertrennung. 13. 6. 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.
Arbeitsvergebung.
 Für die evang. Stadtkirche in Karlsruhe sind die inneren Anstreicherarbeiten öffentlich zu vergeben.
 Bedingungen und Angebotsordrude, letztere sowie Vorkat, vom 17. Juni 1930 bis 20. Juni 1930

von 4 bis 6 Uhr beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstr. 28, Mittelbau, einzusehen. D. 600
 Kein Versand von Unterlagen nach auswärts.
 Angebotsöffnung am 21. Juni 1930 um 10 Uhr im Bezirksbauamt, wozu die Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschrift gekennzeichnet, zu richten sind. Zuschlagsfrist 10 Arbeitstage.
 Karlsruhe, 18. Juni 1930.
Bezirksbauamt,

Badisches Landestheater
 Mittwoch, 18. Juni
 „E 27“ 15. Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte und 601—700.
Tiefhand
 Musikdrama von d'Albe
 Dirigent: Schwarz
 Regie: Dr. Bandgrebe
 Mitwirkende:
 Fischbach, Fanz, Kallab, Seibelich, Winter, J. Erdtlinger, Hofpach, Kiefer, Löfer, Rentwig, Nühr.
 Anfang 20 Ende 22½, Preise C (1—7 RM)
 Do., 19. Juni: Alba.
 Fr., 20. Juni: Zinsen.
 Sa., 21. Juni:
 Vom Teufel geholt.
 So., 22. Juni.
 Der lustige Krieg.
 Mo., 23. Juni:
 Die andere Seite.

Kommunaldarlehen¹⁸³
 vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
 Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Zwangsversteigerung.
 4 V. 14.30.
 Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, den 5. August 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod, Zimmer 10, das Grundstück des Gesamtguts der Erungenschaftsgemeinschaft zwischen Steinbauer Karl Wiler und dessen Ehefrau, Monika geb. Bump, hier, auf Gemartung Karlsruhe.
 Die Versteigerung wurde am 2. Mai 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 2. Mai 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.
Grundstücksbeschreibung:
 Grundbuch von Karlsruhe Band 593 Heft 10: Rgb. Nr. 7105/2: 5 a 90 qm Bauplatz an der Lorenzstraße. Schätzungswert ohne Zubehör: 600 RM. Schätzungswert mit Zubehör: 6041 RM.
 Karlsruhe, den 13. Juni 1930. D. 607
Notariat IV — Vollstreckungsgericht —
 Pfandarbeiten.
 Wir begeben im öffentlichen Wettbewerb die Herstellung und Umlage von Fahrbahn- und Innenpflaster an Kreisstraßen und Kreiswegen.
 Bedingungen liegen auf unserm Geschäftszimmer, Stephanienstr. 61, II. Stod, auf, woselbst auch Angebotsordrude abgegeben werden.
 Angebote sind verschlossen bis 30. Juni 1930, vorm. 10 Uhr hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. D. 606
 Karlsruhe, 14. Juni 1930.
Wasser- und Straßenbauamt.